

> Bildet Kartelle! <

Ein Zusammendenken von ökonomischen Zuständen und
Flüchtlingselend

von
Tristan Abromeit

1. September 2015

www.tristan-abromeit.de

Text 140.0

oo

Text 140.2

2. Anhang

Marktwirtschaft am Scheideweg

Drei Artikel aus: DIE ZEIT, Jahrgang 1953
Kommentar dazu von TA, Sept. 2015

Flugblatt

der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft e.V. (13. und 15. Tagung)

Zur moralischen und politischen Seite des Osthandels mit Beiträgen

von Wilhelm Röpke, Wolfgang Frickhöfer und Alexander Rüstow

Kommentar dazu von TA, Sept. 2015

oo

Text 140.1

1. Anhang

Grußwort

von Paul Diehl

Grundriß einer sozialen Marktwirtschaft

von Ernst Winkler

Der vollständige Wettbewerb und die Antimonopolgesetzgebung

von Franz Böhm

Aus: **Das Programm der Freiheit**

Wortlaut der Vorträge, die auf dem Bundestag des Freiwirtschaftsbundes
am 6. und 7. November 1952 in Heidelberg gehalten wurden, 1953.



Die Auseinandersetzungen innerhalb der Anhänger der Marktwirtschaft haben begonnen

von Günther Grüneberg

DIE ZEIT 26. November 1953

Ob die zweitägige Arbeitstagung der „*Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft*“ am 18. und 19. November in [Bad Godesberg](#) wirklich ein Buß- und Betttag für die Wirtschaftsanhänger erhardischer Richtung war (wie etwas voreilig im sozialistischen Lager posaunt wurde), ist trotz der Kritik, die an den „Gegnern in den eigenen Reihen“ geübt wurde, zu verneinen. Der unbestreitbare Erfolg der Tagung spiegelte sich weniger in „Rang und Namen“ der anwesenden Persönlichkeiten wider, sondern mehr in dem Versuch, eine vorhandene Denklücke zu schließen – nämlich die Vollendung der „sozialen Marktwirtschaft“ –, dem jetzt die Tat folgen muß. Und diese „Vollendung“ aufzuzeigen – sei es in der stabilen Währungsordnung (Lautenbach), im vollständigen Leistungswettbewerb (Prof. Böhm), in der scharfen Abgrenzung von Staat und Wirtschaft (Dr. Hellwig), in der Befreiung des Kapitalmarktes (Forberg), in der großen Steuerreform (Prof. Schmolders), in der sozialen Befriedung (Dr. Illau), in der freien Konvertibilität der Währungen (Prof. Lutz) oder in der staatsrechtlichen Verankerung der Wirtschaftsordnung (Dr. Meyer-Lenoir) – war man auch bemüht.

Heute ist eine grundsätzliche Auseinandersetzung über die „Marktwirtschaft an sich“ nicht mehr möglich. Die theoretischen Argumente, die für dieses Wirtschaftssystem sprechen, sind

im Grunde nie widerlegt worden (Prof. Rüstow) und haben in den letzten fünf Jahren durch die *Praxis auch einen überzeugenden Beweis* erhalten. Die Umorientierung innerhalb der **SPD** ist ein Zeichen dafür, daß sich auch die Sozialdemokratie diesen Auswirkungen *nicht* entziehen kann. Der dadurch erzielte natürliche Problemschwund erübrigte eine weitere Grundsatzdiskussion. Was bestehen bleibt ist die Auseinandersetzung *innerhalb* der Marktwirtschaft oder – wie es der Heidelberger Professor Rüstow bezeichnete – zwischen der „sozialen“ und der „herkömmlichen“ Marktwirtschaft, jenem klassischen *laissez-faire*, das erst den Staat unter der Proklamierung der Wirtschaftsfreiheit aus dem wirtschaftlichen Geschehen drängte, um ihn dann zu Hilfe zu rufen, wenn die Wirtschaft *schlechten* Zeiten entgegen ging. Die Kettenreaktion der Staatseingriffe, gekennzeichnet durch Subvention, Protektion, Monopole, Kartelle hat aber dann den Mantel der Freiheit zu einem leeren Gewand werden lassen. Was Wunder, daß der Staat diese Protektion (nach dem Motto: Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig) dem anderen Wirtschaftspartner, dem Arbeitnehmer, ebenfalls zugestehen mußte (New Deal, FairDeal usw.). Dieser Wurmfraß von beiden Seiten, mit logischer Konsequenz in den absoluten Staatsschutz, die Bevormundung und damit schließlich in die Sozialisierung mündend, hat die Wirtschaftsfreiheit des *laissez-faire* zur Utopie werden lassen.

Wenn daher die „Soziale Marktwirtschaft“ zur Erhaltung der Freiheit dem Wirtschaftenden *Opfer* auferlegt (Anti-Kartell), dann geschieht dies gerade, um bei höchstem Leistungseffekt die *Freiheit* zu wahren. Aus dieser Frontstellung innerhalb der Marktwirtschaft ergibt sich fast alles andere von selbst. Denn wo immer hier die Konzession an die Wirtschaftspraxis erfolgt, ist dies letzten Endes eine „Sünde wider den heiligen Geist“, wie Professor Böhm es bezeichnete, jener kleine Finger für den Teufel, von dem man nie weiß, ob und wann er einmal die ganze Hand ergreift. Diese Erkenntnis mag unerfreulich und für den Wirtschaftspraktiker *unbequem* sein, sie ist trotz *allem* unumgänglich, wenn nicht das für den sozialen Frieden in der Bundesrepublik und für den höchsten Leistungseffekt einzig erfolgreiche Wirtschaftssystem diskreditiert werden soll. Wenn diesem Grundsatz nicht Rechnung getragen wird, ist es fraglich, ob je die Unternehmenswirtschaft wieder eine solche Chance erhält, auf privater Initiative zu bauen und bei aller sozialen Verpflichtung frei zu sein.

Hieraus erklärt sich – nach *Erhard* – auch der Trugschluß des BDI in seiner starren Haltung gegen das Kartellverbot; hier liegt auch die Verkennung der wirklichen Situation bei den Forderungen auf Gewerbe- und Berufsordnungen. Und hier kommt es für die Unternehmenswirtschaft und ihre Führenden – wie Erhard es prägte – „zum Schwur“.

Es ist gleichgültig, ob wir unter dieser aufgezeigten Perspektive einer zu vollendenden Marktwirtschaft das Notenbankgesetz betrachten (und keine Orientierung nach der zu unterstützenden Wirtschaftspolitik einer x-beliebigen [Bundesregierung](#) fordern) oder gegen Kartelle sind, weil sie über die Machthamsterei (trotz aller zwingenden Beweisführung der wirtschaftlichen Praxis) zu einer Rechtsdenaturierung und Gesellschaftszersetzung führen; es ist gleichgültig, ob wir fordern, die Finanz- und Steuergesetzgebung der Wirtschaftsverfassung zu nähern, den Kapitalmarkt auf die „soziale Marktwirtschaft“ umzustellen, gegen die zu starke wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand sind, oder im internationalen Feld die Konvertibilität als sichtbaren Ausdruck der freizügigen und integrierten Wirtschaft anstreben; stets ist ausschlaggebend, daß – wie auch immer die Argumentation lautet – im Prinzip nicht ein Deut vom „ideellen Gehalt der sozialen Marktwirtschaft“ abgewichen wird.

Der „Kampf“ bewegt sich also nicht mehr um das Wirtschaftssystem schlechthin, sondern er hat sich auf das Gebiet „zwischen Wirtschaftsform und Staatsform“ (Rüstow) verlagert. Die Demokratie im weitesten Sinne wird nur in einer „sozialen Marktwirtschaft“ fundiert werden können. Sich um die Vollendung dieser Fundierung bemüht zu haben, kann die Aktionsgemeinschaft als ihr Verdienst in Anspruch nehmen. Diese Perspektiven müssen in den nächsten vier Jahren verwirklicht werden. Es mag in diesem Zusammenhang von manchem abgelehnt werden: aber die wirklich neue geschichtliche Aufgabe der Sozialdemokratie ist hierbei, in dieser, konzipierten Marktwirtschaft den „linken Flügel“ darzustellen, der bisher fehlte und den wir brauchen. *Günther Grüneberg*

Pietät und Takt

Quelle [DIE ZEIT, 3.12.1953 Nr. 49](#)

Bundeswirtschaftsminister Prof. Erhard hat kürzlich ziemlich massiv über Kartelle und Berufsordnungen seine Meinung gesagt. Mag sein, daß sich mancher empfindlich auf die Zehen getreten fühlte, obwohl er sich von guten Überlegungen hat leiten lassen. Viele Kartellbefürworter und Streiter für Berufs- und Gewerbeordnungen können für ihre Ansicht gewichtige Argumente ins Feld führen. Unerklärlich ist nur, daß die Wirtschaft heute auf einmal befürchtet, ins Prokustesbett „wirtschaftspolitischer Doktrinen“ gelegt zu werden ..., als ob dies die Absicht des Bundeswirtschaftsministers sei.

Das Kartellgesetz sieht die Möglichkeit vor, in zwingend nachgewiesenen Fällen Ausnahmen vom Kartellverbot zuzulassen, ohne daß damit die Ausnahme zur Regel wird. Es scheint allerdings um die „guten Argumente“ der Mißbrauchsfreunde schlecht bestellt zu sein, wenn sie von vornherein das Verbot fürchten. – Immerhin stimmt es doch bedenklich, daß nunmehr ganze Wirtschaftszweige offen von der „Kartellbedürftigkeit“ (welch euphemistischer Begriff) sprechen.

Was für Kartelle gilt, trifft auch auf *Berufs- und Gewerbeordnungen* zu. Am Ende dieser Entwicklung steht der „gegen alle Fährnisse versicherte deutsche Staatsbürger“, meinte Prof. Erhard. Nicht zu Unrecht, will uns scheinen. Der Wust von Gewerbeordnungsanträgen dürfte bereits einige Meter Akten ausmachen. Alles mit guten Gründen, versteht sich. So existiert z. B. nun auch ein exakt ausgearbeiteter Entwurf „über die Regelung des Gewerbezulassungswesens beim *Bestattungsgewerbe*“.

Es soll genehmigungspflichtig sein, die Fach- und Sachkunde ist nachzuweisen (dreijährige Tätigkeit, nebst behördlich abgelegter Bestatterprüfung). Zu den genehmigungspflichtigen Tätigkeitsbereichen gehören die Lieferung von Särgen, Urnen, Sargausstattungen und Leichenwäsche; genehmigungspflichtige Leistungen sind Waschen und Einkleiden, Einsargen, Aufbewahrung und Überführung der Leichen, Stellung der Leichenträger, Leitung der Bestattung. Das Handwerk kann die erforderlichen Erzeugnisse wie Säрге usw. nur „in Ausführung eines entsprechenden Auftrags“ liefern. Exakte Bestimmungen schränken die Reklame und Geschäftsverlegung ein, um das Pietätsempfinden nicht zu verletzen. Ähnliche Bestimmungen sollen den Hinterbliebenen „Schlepper“ und „Anreißer“ fernhalten. Außerdem wird genau die Geschäftsweiterführung beim Tod des Inhabers eines Bestattungsunternehmens fixiert (die Witwe hat die Sach- und Fachkunde nachzuweisen), und so weiter und so weiter. Fast schamhaft (und irgendwie sinnlos) nimmt sich im Entwurf schließlich die Bestimmung aus, daß im übrigen der „freie Leistungswettbewerb“ nicht unterbunden werden soll.

Nichts gegen das Bestattergewerbe. Aber es bleibt doch fraglich, ob hier im Namen von Pietät und Takt nicht zu viel des Guten verlangt wird – denn, bei allem Respekt, hier riecht’s nach – Bestatterkartell. Was Wunder, wenn der Bundeswirtschaftsminister sich einmal etwas weniger von Pietät und Takt; dafür aber mehr von Deutlichkeit hat leiten lassen. gg.

Neue Aspekte im Kartellstreit

Mengenkontingentierung und Preisabreden sollten für bestimmte Branchen zulässig sein

Quelle [DIE ZEIT, 31.12.1953 Nr. 53](#)

Der Gegensatz „Verbotsgesetzgebung – Mißbrauchsgesetzgebung“, der die Erörterungen der vergangenen Jahre beherrscht hatte, kann wohl nicht mehr als zutreffende Kennzeichnung der einander widerstreitenden Meinungen und Willensrichtungen bezeichnet werden. Wie immer man den letzten Entwurf eines „Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen“ charakterisieren möge – *rechtspolitisch* liegt das Schwergewicht jeder gesetzlichen Regelung (für die Anhänger der Erhardschen Konzeption) in der Statuierung der *zivilrechtlichen Unwirksamkeit wettbewerbsbeschränkender Abreden*, also nicht in irgendwelchen – strafrechtlich sanktionierten – *Verboten*; Strafanrohungen müssen, soweit überhaupt erforderlich, an konkrete Tatbestände anknüpfen. Es ist wichtig, das ganz klar hervorzuheben, um dem billigen Einwand den Boden zu entziehen, die Anhänger der Marktwirtschaft würden ihrer eigenen Auffassung untreu, indem sie das Kartellproblem „in erster Linie mit Verboten und Strafen zu lösen versuchten“. *Statt von „Verbotsgesetzgebung“ sollte daher besser von „Unwirksamkeitsgesetzgebung“ gesprochen werden.* Andererseits ist der Ausdruck „Mißbrauchsgesetzgebung“ nur allzu leicht geeignet, den wahren Gehalt der von den Organisationen der Wirtschaft gewünschten Regelung zu verdunkeln. „Mißbrauchsgesetzgebung“ – das klingt so einleuchtend und überzeugend; niemand will selbstverständlich „Mißbräuche“ einer wirtschaftlichsozialen Institution dulden. Man übersieht dabei freilich, daß eine dem Ermessen einer Branche überlassen, zivilrechtlich anerkannte Kartellisierungsfreiheit mit einer marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftsordnung eben überhaupt nicht vereinbar ist, *nicht nur* in den Sonderfällen kaum zu beweisender „Mißbräuche“. Wettbewerbsfreiheit und Kartellierungsfreiheit sind einander entgegengesetzte Ordnungsprinzipien. Hat der Staat eine Entscheidung *zugunsten der Wettbewerbsfreiheit getroffen*, so darf es den Unternehmungen nicht freistehen, diese Entscheidung nach eigenem Ermessen zu durchkreuzen.

Wichtiger noch als diese terminologische Klarstellung ist die Erkenntnis, daß die wirkliche Interessenlage der Wirtschaft in der Kartellfrage keineswegs einheitlich ist. Die einzelnen Zweige der Wirtschaft verhalten sich mit Bezug auf Kartellierungsfähigkeit sehr verschieden: es gibt leicht, schwer und überhaupt nicht kartellierungsfähige Branchen. Ausnahmslos gültige Regeln lassen sich nicht aufstellen; immerhin kann gesagt werden: je weiter der Verarbeitungsgrad eines Erzeugnisses liegt, je individuelleren Charakter es trägt, je mehr Produzenten derselben und ähnlicher Waren am Markt sind, desto schwieriger ist eine Kartellierung durchzuführen. Andererseits darf Kartellierungsfähigkeit nicht etwa, wie *Sölter* es neuerdings tut (FAZ vom 17. Dezember), mit Kartellierungsbedürftigkeit gleichgesetzt werden,

sofern man den Maßstab nicht nur der Branchen-Interessen, sondern eines („volkswirtschaftlichen“) Interesses *der Gesamtheit* anlegt. Kohle, Stahl, Zement, Düngemittel, Schrauben, Nähadeln, Reißverschlüsse sind sicher sämtlich kartellierungsfähige Güter. Ob sie aber kartellierungsbedürftig oder, besser gesagt, *kartellierungswürdig* sind, muß für jedes einzelne Gut gesondert untersucht werden.

Sachlich-wirtschaftlich war und ist die These, daß die Interessen der Industrie (oder gar „der“ Wirtschaft) in der Kartellfrage einheitlich gelagert sei, unhaltbar. Die Angehörigen eines Wirtschaftszweiges, der nicht selbst kartellierungsfähig ist, haben ein natürliches und lebenswichtiges Interesse daran, daß *ihre Wettbewerbsfähigkeit nicht durch Kartellierung ihrer Lieferanten gemindert wird*. Sie wissen es nur manchmal nicht oder – öfter noch – wagen es nicht auszusprechen. Das trifft ganz besonders auch für den Groß- und Ausfuhrhandel zu – die häufig beschworene Notwendigkeit von Exportkartellen ist doch nur in verhältnismäßig seltenen (dann freilich bedeutsamen) Fällen gegeben. Es wäre gut, wenn man das seitens der Organisation offen zugäbe und nicht länger eine Einheitsfront der Wirtschaft behauptete, die bei kritischer Musterung in Wahrheit nicht besteht und in einem sachkundig geleiteten Kreuzverhör vor dem wirtschaftspolitischen Ausschuß des Bundestages (etwa nach Art der amerikanischen „*hearings*“) rasch zerbrechen müßte.

Doch was soll praktisch jetzt geschehen? Die *Grundkonzeption* des § 1 des früheren Gesetzesentwurfes, der die Unwirksamkeit von Kartellabsprachen statuiert, ist nach wie vor richtig. Aber es bedarf zunächst einer *Sondervorschrift für Konditionen-, Normungs- und Exportkartelle*. Daß für derartige Absprachen ein Bedürfnis besteht, ist unbestritten. Dabei genügt es völlig, wenn ihre Zulässigkeit außer Zweifel gestellt wird. Nicht erforderlich ist, daß auf Innehaltung solcher Absprachen auch geklagt werden kann. Wer an Stelle der bisher gehandhabten, auch von ihm selbst praktizierten allgemeinen Konditionen einer Branche eigene Zahlungs- und Lieferbedingungen mit seiner Kundschaft vereinbaren, wer neben den genormten Typen einer Ware auch neue Typen herausbringen will, mag dies jederzeit tun. Entsprechendes gilt für jegliche Absprachen mit Bezug auf den Export. Solche Absprachen kommen ohnehin im allgemeinen nur von Fall zu Fall in Betracht; sie einzugehen, kann ohnehin niemand gezwungen werden. Auch hier genügt es, wenn das Gesetz ihre Zulässigkeit klarstellt; einklagbar brauchen sie nicht in sein.

Die *Strafbestimmungen* des Gesetzes könnten sich dann auf wenige Vorschriften beschränken. *Gentlemen's agreements* sollten niemals Gegenstand der Verfolgung sein. Absprachen

unter vier Augen entziehen sich jeder honorigen Nachprüfung; sind mehr als zwei Personen beteiligt, so werden sie früher oder später schriftlich festgehalten werden. Unseres Erachtens genügt es, wenn unter Strafe (Ordnungsstrafe) schriftliche (auch durch Protokoll festgelegte), auf das Inland bezügliche Preis- und Kontingentierungsabsprachen mit wettbewerbsbeschränkendem Inhalt gestellt werden, darüber hinaus nur noch jegliche Art der Ausübung von Organisationszwang. Die Umgehung der Grundkonzeption des Gesetzes wird dadurch ausreichend verhindert.

Es bleibt die Frage der Erteilung echter Ausnahmegenehmigungen durch die [Kartellbehörde](#) – von *Genehmigungen* also, die eine Kartellabsprache *voll rechtswirksam und einklagbar* machen. Auf die Möglichkeit der Erteilung solcher Genehmigungen *kann nicht verzichtet* werden, auch wenn Konditionen-, Normungs- und Exportkartelle ohnehin zulässig sind. Zwar sollten die Vorschriften des bisherigen Entwurfs über „Krisenkartelle“ ersatzlos fortfallen, da ihr Grundgedanke wirtschafts- und rechtspolitisch verfehlt ist. Aber es gibt Wirtschaftszweige, in denen (*aus überragenden volkswirtschaftlichen Gründen*) eine Kartellierung mit *Erzeugungskontingenten und Preisbindungen* im Interesse der *Leistungssteigerung* richtiger ist als freier Wettbewerb, oder in denen dieses Problem zum mindesten ernste Untersuchung verdient. Dahin gehören etwa der *Bergbau* (nicht nur der Kohlenbergbau), *die Erdölgewinnung, die Düngemittelindustrie*. *Daß die Energie- und Verkehrswirtschaft* einer übergeordneten Lenkung bedürfen, scheint mir selbstverständlich zu sein und war auch von dem bisherigen Entwurf eines „Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen“ schon anerkannt.

Ein neuer Gesetzentwurf, der etwa von diesen Gedanken ausginge, sollte nicht nur in [Bundesregierung](#) und Bundesrat; sondern auch im Bundestag Zustimmung finden. Freilich haben sich die Kräfteverhältnisse seit dem Herbst etwas verschoben. In den Bundesministern *Dr. Balke und Strauss* hat Professor Erhard eher Gegner als Anhänger seiner Konzeption gefunden. Um so kräftiger und erfolgreicher dürfte er von *Dr. Preusker* unterstützt werden. In den Bundestag ist eine Reihe, von Vertretern der Unternehmungen und Organisationen eingezogen, die in der Kartellfrage die bisherige Linie des Bundesverbandes der Industrie verfolgen werden. Der Bundeswirtschaftsminister wird trotzdem nach wie vor in der Lage sein, das Rennen zu machen; nur wird er beachten müssen, daß es dabei nicht allein um den Leistungswettbewerb geht, sondern auch um den Grundsatz der Leistungssteigerung – *und* um die richtige „Regie“, in der ihm seine Gegner bisher oft „über“ waren...

Kommentar zu:

1. **Marktwirtschaft am Scheideweg** aus DIE ZEIT vom 26. November 1953
2. **Pietät und Takt** aus DIE ZEIT vom 3. 12. 1953 und
3. **Neue Aspekte im Kartellstreit** aus DIE ZEIT vom 31.12. 1953

von
Tristan Abromeit
September 2015

In dem Ringen um eine funktionierende, zuverlässige und für alle Bürger ergiebige Marktwirtschaft ist Ludwig Erhard ¹, ehemals Professor, Wirtschaftsminister und Bundeskanzler, eine zentrale Figur. 1972 als das Ergebnis der real existierenden Marktwirtschaft junge Menschen und Intellektuelle schon länger antrieb, einen Rettungsanker im Marxismus zu suchen und ich ihn persönlich in der Tagung **25 Jahre Soziale Marktwirtschaft** der Ev. Akademie Loccum ² erlebt hatte, hat er zusammen mit Karl Schiller ³ eine Anzeigenkampagne **Unsere Marktwirtschaft Wohlstand für alle** gestartet ⁴. Ich habe darauf mit einem offenen Brief reagiert, den ich mit "zornigen Grüßen" abgeschlossen habe. Damals war mir noch nicht klar, dass Erhard viel Kritik für Zustände und Entwicklungen einstecken musste, die gar nicht seinen eigenem Willen entsprachen. Auch habe ich damals noch nicht verstanden, dass Ludwig Erhard eigentlich mein ideeller Bündnispartner war. Erst später habe ich begriffen, dass die Wahl des Freiwirtes Otto Lautenbach - Hauptakteur bei der Gründung der *Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft* (ASM) - als Mitwirker in der Zeitschrift "Währung und Wirtschaft" – für die Erhard Mitherausgeber war - seine Nähe zur Freiwirtschaft zum Ausdruck brachte. Diese Nähe ist auch zu ahnen, wenn Erhard in seinem Buch **Wohlstand für alle** auf der Seite 195 eine Karikatur übernommen hat, die ihn als freiwirtschaftlichen Troubadour darstellen. In einem SPIEGEL-Bericht aus den fünfziger Jahren heißt es, dass seine freiwirtschaftlichen Ideen in der CDU nicht so gut ankamen. Einiges von dem, was ich hier berichte, kann in meinem Text *Agenda Niedersachsen 2001* nachlesen.

(<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/19.1.4%20OB%20Lt.%20Doku%2004.pdf>)

Ich bringe dort auch weitere Auszüge aus dem im Anhang 1 (Text 140.1) benannten Protokoll mit dem Titel *Das Programm der Freiheit* von dem Bundestag 1952 des Freiwirtschaftsbundes. Aus den ganzen Unterlagen der damaligen Zeit geht für mich hervor, dass für die

1 https://de.wikipedia.org/wiki/Ludwig_Erhard

2 6. bis 9. Oktober 1972

3 https://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Schiller

4 Der Rücktritt Karl Schillers erfolgte mangels Unterstützung von seiner Regierung und Partei am 7. Juli 1972. Der gemeinsame Anzeigentext von Erhard und Schiller ist vom 9. Oktober 1972.

Hauptakteure oder Programmierer des gescheiterte Projektes *Soziale Marktwirtschaft* - den Ordoliberalen und den Freiwirten - das Arbeitseinkommen den Vorrang vor dem Kapitaleinkommen (auch in Form von Renten aus Monopolstellungen) haben sollte und nicht wie heute in der umgekehrten Reihenfolge. Durch eine Dauerkonjunktur und eine freie Preisbildung – die die in den Preisen versteckten Renten verhindern würde – sollte das erreicht werden. Für die Ordoliberalen war daher das Kartellverbot das maßgebliche Instrument. Für die Freiwirte hatte die freie Preisbildung die gleiche Bedeutung, aber sie maßen dem Kartellverbot nicht die gleiche Bedeutung zu, denn von ihrem Erkenntnisstand her gesehen, konnten Kartellverbote nicht die kapitalistische Vermögenskonzentration und die Vermachtung der Märkte verhindern. Aber der Geschichtsverlauf zeigt, dass die Kräfte, die die Marktwirtschaft als Kapitalismus verstanden, stärker waren, als die Modellbauer der Sozialen Marktwirtschaft. Die Sieger übernahmen aber den Namen der SM und tarnten damit ihre anders ausgerichteten Ziele. In der Folgezeit wurde von den wissenschaftlichen Verfechtern des *verfälschten Modells Soziale Marktwirtschaft* nach meinem Erkenntnisstand dieser Zielkonflikt und das Scheitern des Modells SM nicht offengelegt und das Modell, das den „Wohlstand für alle“ bringen sollte, wurde nicht anwendungsreif ausgearbeitet. Objektiv ist das auch so lange nicht möglich, wie die freiwirtschaftlichen Erkenntnisse ausgeblendet werden. Auch wird nach meiner Wahrnehmung heute die Verfälschung der freien Preisbildung durch Subventionen und staatlichen Förderprogramme – die mich an die Bezugsmarken vor der Währungsreform erinnern - nicht beachtet. Wenn ich zum Beispiel an einem Steg am Steinhuder Meer sehe, „Gefördert durch die EU“ oder so ähnlich und wenn mir von einem Freund in Stuttgart berichtet wird, dass die Stadt einen Zuschuss für die Auswechslung des Pflasters in einer Straße in Brüssel einen Kostenzuschuss beantragt hat, dann sind das Zeichen dafür, dass die Regierungen die freie Preisbildung und damit die Marktwirtschaft sabotieren. Aus marktwirtschaftlicher Sicht ist es Wahnsinn, wenn die Bürger in den Kommunen und Regionen steuerlich geschröpft werden, um ihnen dann anschließend nach Abzug der Umverteilungskosten vielleicht 1/3 oder 1/5 mit der Geste der Gnade wieder zurück transferiert wird. Nach meiner Wahrnehmung haben wir in den deutschen Parlamenten keine Partei, die die Marktwirtschaft vertritt – auch der zurecht aus dem Bundestag herausgeflogene FDP kann ich dieses Attribut ebenfalls nicht zuerkennen. Mein Urteil basiert auch auf einer rund zehnjährigen Mitarbeit in dieser Partei.

In meinem Brief an Ludwig Erhard aus dem Jahr 1972 habe ich mit Bezug auf die Tagung in der Ev. Akademie Loccum geschrieben:

Ihrem Kollegen Müller-Armack habe ich gesagt, daß kein Grund vorläge, die Soziale Marktwirtschaft zu feiern, weil sie eine verhinderte Marktwirtschaft wäre, eine konsequente Marktwirtschaft bräuchte keine schmückenden Beiworte, sie wäre in sich sozial.

Prof. Müller-Armack fragte dann, wie ich denn die bestehende Wirtschaftsordnung genauer bezeichnen würde. Ich habe geantwortet:
„Sie ist ein willkürlich-punktuell Interventionssystem.“

Wenn es in dem obigen Bericht von Günther Grüneber heißt,

„Der unbestreitbare Erfolg der Tagung spiegelte sich weniger in „Rang und Namen“ der anwesenden Persönlichkeiten wider, sondern mehr in dem Versuch, eine vorhandene Denklücke zu schließen – nämlich die Vollendung der „sozialen Marktwirtschaft“ –, dem jetzt die Tat folgen muß.“

dann geht es meines Erachtens in der Hauptsache um das Bemühen der Vertreter der Freiwirtschaftsschule, das Modell SM bodenrechtlich und währungstheoretisch abzusichern.

Warum die Mehrheit der damaligen Akteure mit politischem Einfluss sich gegen diese marktwirtschaftliche Logik entschieden hat, weiß ich nicht. Vermutlich gab es eine Gruppe, die der Kriegsverlauf in eine privilegierte Situation durch Eigentum an Boden und funktionieren Unternehmen gebracht hatte, die um ihre Privilegien fürchtete. Eine andere Gruppe war aber vermutlich in der klassischen Lehre vom Kapitalismus gefangen, wie die ehemaligen DDR-Ökonomen im Marxismus. Aber auch zwischen den Ordoliberalen und Freiwirten gab es ja nur eine inhaltliche Annäherung und noch keine Übereinstimmung. In der *Dokumentation 7 zur Agenda Niedersachsen 2001/ Zweiter Teil* bringe ich Auszüge aus > **Freiheit – oder? Notizen über die Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung und ihren Beitrag zur „Sozialen Marktwirtschaft“** < von Prof. Dr. Ernst Winkler, einem Akteur der ASM. Dort ist einiges über diese Auseinandersetzungen zu lesen.

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/19.1.7%20OB%20Lt.%20Doku%2007.pdf>

Die ökonomischen Probleme, die im Nachkriegsdeutschland erörtert wurden, sind nicht nur geblieben, sondern haben sich in der Wirkung vervielfacht. Die Quittung für die Missachtung der vorhandenen Lösungen sind nicht nur die Flüchtlingsströme, die heute bei uns eintreffen. Zu befürchten ist, dass weder die herrschenden Wirtschaftspolitiker noch die Vertreter der herrschenden Lehre sich die vorhandenen Lösungen zu eigen machen. Ein zweiter Untergang der deutschen Republik - wie die zu Weimarer - Zeiten wird von unserer politischen Klasse riskiert und hoffentlich nicht vollzogen.

Zur moralischen und politischen Seite des Osthandels

13. Tagung „Was muß die freie Welt tun?“

Es ist das Wesen des Totalitarismus als eines alles umfassenden, alles politisierenden Systems, daß es jedes Geschäft mit ihm zu einer politischen Transaktion macht — das ist selbstverständlich —, und zwar zu einer politischen Transaktion, bei der es sich letzten Endes um Behauptung oder Untergang der freien Welt handelt und die in jedem Falle bis zum Beweis des Gegenteils unseren auf unser Verderben lauenden Todfeind stärkt. Wenn daher heute noch ein nicht ganz unbekannter Industrieller sich in der Tat für seine Ostgeschäfte damit entlasten wollte, daß er sagt, er treibe Geschäfte, aber keine Politik, so würde er uns nur die Wahl lassen, ihn entweder für ungewöhnlich einsichtslos oder für ungewöhnlich gewissenlos zu halten. Ganz anders würde es stehen, wenn er in Wahrheit gesagt hätte, daß es sein Beruf sei, Geschäfte zu machen, diejenige des Staates aber, Politik zu treiben, und wenn er der richtigen Erkenntnis, daß es sich im Handel mit dem kommunistischen Imperium in erster Linie um Politik und nicht um Geschäfte handelt, es als Aufgabe des Staates und nicht als die des Geschäftsmannes bezeichnet hätte, hier nach dem Rechten zu sehen. Die Frage — ich habe sie schon in meinem Buche „Jenseits von Angebot und Nachfrage“, 2. Aufl., 1958, S. 188, behandelt — stellt sich ja in der Tat, ob wir dem einzelnen Geschäftsmann nicht zuviel zumuten, wenn wir von ihm erwarten, daß er sich in Ostgeschäften die im höheren politischen Interesse liegende Zurückhaltung auferlegt. Ist es seine Aufgabe, Politik zu treiben? Wenn ja, stößt er hier nicht auf die Schranke des Wettbewerbs, die einen Verzicht auf Geschäfte, die seine Konkurrenten ohne Gewissensbeschwerung betreiben, zu etwas moralisch Anstrengendem machen? Um so mehr aber müßte dann von ihm erwartet werden, daß er die rigorose Beschränkung der Geschäfte mit unserem Todfeinde von der dafür berufenen Regierung fordert und sich ihr als etwas Notwendigem und Vernünftigen willig unterwirft.

In dieser Erörterung der Fragen des wirtschaftlichen Bereichs würde dann auch eine — hier natürlich nicht mehr mögliche — Auseinandersetzung mit den Chancen der kommunistischen Wirtschaftsordnung im eigenen Land Platz finden müssen. Es wäre falsch, die Prahlereien des Kreml für bare Münze zu nehmen, er werde mit den kollektivistischen totalitären Methoden die Wirtschaftskraft des Westens erreichen oder gar über-

treffen. Das könnte dem Kreml nur möglich sein, wenn wir das Unsere dazu beitragen, und zwar dadurch, daß wir ihm die Fabrikausrüstungen liefern, die er braucht, und daß wir unsere eigene Wirtschaftsordnung so zerfetzen und verkümmern lassen und durch kollektivistische Methoden so unwirksam machen lassen, daß der Abstand sich von unserer Seite aus verringert und schließlich möglicherweise ein Regime, das aufs Ganze geht, uns übertreffen könnte. — Aber nur in diesem Fall, nur in dem Fall, daß wir unsererseits unsere Wirtschaftskraft mit kollektivistischen Elementen zersetzen und durchsetzen lassen, könnte Moskau das wirtschaftliche Wettrennen gewinnen, sonst nicht. (Wilhelm Röpke)

15. Tagung „Was wichtiger ist als Wirtschaft“

Wir haben ein ganz neues Beispiel vor uns, das zeigt, wie die Grenzmoral zu unhaltbaren Verhältnissen führen kann und wegen des Mangels an Selbstdisziplin eine staatliche Disziplin nötig ist. Dieses Beispiel ist der Handel mit unseren kommunistischen Todfeinden, ein Handel, der mit charakteristischer Beschönigung und moralischer Stumpfheit „Osthandel“ genannt wird.

An sich sollte man von Industrieunternehmern die nötige Einsicht und Gemeingesinnung erwarten, dem furchtbaren Pseudo-Islam unserer Zeit nicht noch die wirtschaftliche Vorbereitung des uns zgedachten Unheils zu erleichtern. Das sollte grundsätzlich so unehrenhaft sein wie, sagen wir, der Sklavenhandel. Aber da sich hier leider das Gesetz der Grenzmoral geltend macht, bedarf es eines höchst eindeutigen und entschiedenen Aktes der staatlichen Disziplinierung gegenüber einem nicht genügend durch Selbstdisziplin in Schranken gehaltenen Gewinnstreben. (Wilhelm Röpke)

In den gesellschaftlichen, politischen und moralischen Auswirkungen noch schwerer wiegt das Problem des Osthandels. So sehr man noch hinnehmen kann, daß ein Unternehmer als Marktteilnehmer Osthandel treibt, nachdem leider seine Regierung zu diesem Zweck ein Handelsabkommen abgeschlossen hat, so wenig kann ein Unternehmer als Staatsbürger Osthandel für richtig halten. Schließlich tragen wir mit dem Osthandel nicht nur dazu bei, die typischen Engpässe im planwirtschaftlichen System zu überwinden und damit die kommunistische Wirtschaftsordnung funktionsfähiger zu

machen, als sie es von selber wäre. Nein, wir beteiligen uns mit Ostgeschäften auch an politischen Aktionen, weil kein Akt des totalitären Bereichs, am allerwenigsten ein wirtschaftlicher, ohne politischen Aspekt ist, sondern in erster Linie auf einen politischen Zweck ausgerichtet. Dieser politische Zweck heißt unverändert Weltrevolution, Vernichtung der freien Welt. Mit Ostgeschäften stärken wir die Position derjenigen, die sich zu unseren Todfeinden erklärt haben, und helfen ihnen bei ihren gegen uns gerichteten Bestrebungen. Es ist schon gefährlich genug, wenn mit politisch, nicht marktwirtschaftlich bestimmten Preisen durch den Osthandel unser Wirtschaftssystem deroutiert wird, noch viel weniger aber darf man sich der Täuschung hingeben, damit der Verständigung, dem Weltfrieden oder gar der Wiedervereinigung zu nützen. Nein, Osthandel dient der Aufweichung der Freien Welt und stärkt die Ausstrahlungskraft des Bolschewismus. Wir sollten statt dessen Wege gehen, die den umgekehrten Effekt haben. Schließlich machen wir mit Ostgeschäften unsere Wirtschaftsstruktur insoweit von der Willkür der kommunistischen Machthaber abhängig — ein Zustand, der nicht mit den friedensbringenden und sehr willkommenen gegenseitigen Handelsverflechtungen innerhalb der freien Welt verglichen werden kann. Diese Gesichtspunkte stehen in der Rangordnung der Werte turmhoch über den Geschäftsinteressen der am Osthandel Beteiligten. (Wolfgang Frickhöffer)

Wie sich nun im einzelnen diese beiden Gesichtspunkte — der Gesichtspunkt des Vorteils des einzelnen in der wirtschaftlichen Konkurrenz und die Frage des Gesamtinteresses, die in der Politik die Vorhand haben soll — gegeneinander abgrenzen, dafür ein Einzelbeispiel, das heute schon von anderer Seite erwähnt worden ist: der Osthandel, der rote Handel.

Wenn leider Gottes ein Staat mit den Rusen einen Handelsvertrag abgeschlossen hat, dann kann man unter dem Gesichtspunkt der Marktkonkurrenz dem einzelnen Unternehmer keinen Vorwurf daraus machen, wenn er im Rahmen dieses von seinem eigenen Staat geschlossenen Vertrages seinen Vorteil wahrnimmt. Allerdings gibt es auch da noch Grenzen der Schicklichkeit, der Anständigkeit und des Taktes, die nicht so überschritten werden sollten, wie es, wie Sie alle wissen, vor nicht langer Zeit in Leipzig in einer Weise geschehen ist, die jedem anständigen Menschen die Schamröte ins Gesicht treiben muß.

Dennoch wäre es eine übermäßige Forderung, von dem einzelnen Unternehmer zu verlangen, daß er deswegen auf einen Vorteil verzichten solle, den er legal wahrnehmen kann. Wenn ein einzelner aus Überzeugung doch so handelt, dann verdient er unsere besondere Anerkennung und Bewunderung, denn er tut mehr als seine Schuldigkeit. Aber derselbe Unternehmer, der sich als Unternehmer innerhalb der Grenzen des Anstandes am Osthandel beteiligt, müßte als Staatsbürger mit aller Energie dahin wirken, daß der Handelsvertrag nicht erneuert wird. Das sind die beiden verschiedenen Ebenen. Als Staatsbürger müßte er unserer Überzeugung nach gegen den Handelsvertrag sein, der den roten Handel legalisiert, obwohl er als Konkurrent im Markt nicht daran gehindert werden kann, in dem nun einmal vom Staat geschaffenen Rahmen seinen Vorteil wahrzunehmen.

(Alexander Rüstow)

Es ist ein bedenkliches Schwächezeichen des Westens, daß er den Osthandel nicht zu einem Teil seiner politischen Strategie macht. Im Güter-, Leistungs- und Kapitalverkehr können marktwirtschaftliche Spielregeln nur gegenüber jenen angewandt werden, die sie anerkennen. Die wirtschaftliche Bedeutung des Osthandels ist ohnehin für den Westen weit geringer als für den Osten. Durch Handhabung des Osthandels, „als ob“ es sich dabei um normale unpolitische Geschäftsbeziehungen handele, verzichtet der Westen aber auf eines der wenigen außenpolitischen Faustpfänder, die er in harten Verhandlungen gegen sowjetische Konzessionen einsetzen könnte.

Wir müssen lernen, die moralische und politische Seite des Osthandels der geschäftlichen absolut überzuordnen. Wer diese Rangordnung mißachtet, handelt, auch wenn er das nicht sehen will, ebenfalls politisch, aber negativ, zuungunsten der freien Welt, und stärkt jene Macht, deren Ziel es ist, die freie Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zu zerstören, in der auch der osthandeltreibende Unternehmer heute noch lebt. Der Osthandel wird, ob wir wollen oder nicht, vom Osten als politische Waffe benutzt und liegt als wirksame nichtmilitärische Waffe auch in der Hand des Westens. Der Westen stärkt seine Position, wenn auch er den Osthandel, unbeirrt von Interessenteneinflüssen, als politische Waffe einsetzt.

Kommentar zu einem alten Flugblatt der ASM

mit Beiträgen von Wilhelm Röpke, Wolfgang Frickhöfer und Alexander Rüstow

von Tristan Abromeit

September 2015

Die Akteure in der Aktion Soziale Marktwirtschaft hatten alle mehr oder weniger ihre negativen Erfahrungen mit der totalitären Herrschaft der Nationalsozialisten gemacht und die gefühlte Bedrohung durch die Kommunisten war sicher größer als die heutige Bedrohung durch den Terrorismus aller Art. Sie hatten den Zusammenbruch des Sowjetsystems noch nicht erlebt. Insofern ist für mich nachvollziehbar, dass sie Angst hatten, Geschäfte mit dem Feind könnten diesen stärken und dieser so gestärkte Feind könnte dann die BRD und den ganzen Westen unterwerfen. Diese Gedanken waren nicht ganz aus der Luft gegriffen. Meine Position war das aber noch nie. Denn wenn eine Grenze für den Warenverkehr dicht gemacht wird, blüht der Schmuggel auf. Auch vertrete ich - seitdem ich in der Mitte der 50er Jahre politisch aktiv wurde - die Position *Wandel durch Handel*.

In unserer Republik wurde auch die starke Expansion des marxistischen Gedankenguts gefürchtet, die bis heute ihre Nachwirkungen hat. Ich bin heute aber davon überzeugt, dass es die Flucht der kritischen Jugend in den Marxismus gar nicht gegeben hätte, wenn die Soziale Marktwirtschaft im ursprünglichen Sinn verwirklicht worden wäre. Der Marxismus war nur deshalb attraktiv, weil der vertretene Liberalismus einfach blind oder auf ein Minimum reduziert war. Das Modell *Soziale Marktwirtschaft* ist aber nicht durch den Handel mit den Ostblockstaaten gescheitert, sondern dadurch, dass seine offene Flanke in Form von Systemfehlern nicht geschlossen wurde, und dass dem breiten Publikum seine Funktionsweise und das Ziel der Maßnahmen nicht erklärt wurde. In dem oben wiedergegebenen ZEIT-Artikel aus dem Jahr 1953 heißt es:

Was für Kartelle gilt, trifft auch auf *Berufs- und Gewerbeordnungen* zu. Am Ende dieser Entwicklung steht der „gegen alle Fährnisse versicherte deutsche Staatsbürger“, meinte Prof. Erhard. Nicht zu Unrecht, will uns scheinen. Der Wust von Gewerbeordnungsanträgen dürfte bereits einige Meter Akten ausmachen. Alles mit guten Gründen, versteht sich. So existiert z. B. nun auch ein exakt ausgearbeiteter Entwurf „über die Regelung des Gewerbezulassungswesens beim *Bestattungsgewerbe*“.

Diese hier beschriebene Neigung der Mitglieder staatlicher Bürokratie oder allgemein der Bürger in verschiedenen Rollen besteht bis heute und wurde x-mal exekutiert. Manchmal wird die Frage gestellt, Marktwirtschaft in China und Herrschaft der kommunistischen Partei

- geht das überhaupt? Keiner scheint die Frage zu stellen: Deutschland und Marktwirtschaft gekoppelt mit einem kommunistischen Bildungssystem und einem kommunistischen sozialem Sicherungssystem – geht das überhaupt? Die Marktwirtschaft erfordert nicht, dass alle Bürger immer rationale Entscheidungen treffen, sie erfordert aber den autonom wertenden und entscheidenden Menschen, der weder als Arbeitnehmer noch als Konsument in einem existenziellen Abhängigkeitsverhältnis zu den Unternehmen und dem Handel zu stehen hat. Aber das unvollendete Modell der SM hat noch nie die Voraussetzungen geschaffen, dass die Mehrheit der Bürger wirklich autonom entscheidende freiheitsbewusste Menschen werden konnten. Ist es da verwunderlich, wenn die Gewerkschaften immer noch nach der untauglichen Parole „Wenn unser starker Arm es will, stehen aller Räder still!“ agieren? Ich kann nicht erkennen, dass die um die Freiheit besorgten Ordoliberalen wirklich würdige Nachfolger gefunden haben.

Unsere Bundeskanzlerin, Frau Merkel, schätze ich schon wegen des Pensums an Arbeit, dass sie sich aufbürdet und auch, weil ich selber mit einer so energiegeladenen Frau ihres Alters verheiratet bin. Und Joachim Gauck hat schon Post von mir erhalten, als er noch Sprecher des Neuen Forums in Rostock war. Und als er noch nicht Bundespräsident war, habe ich über ihn geschrieben, dass ich mir ihn als Bruder vorstellen kann. Dies sei angemerkt, damit das nachfolgend gesagte nicht als persönliche Abwertung missverstanden wird. Siehe auch: <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/110.2.Verdeutlichung...J.Gauck.pdf>
<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/119.OffenerBriefBundespraesident.Febr.2014.pdf>

Wir haben mit dem Bundespräsidenten und der Bundeskanzlerin die höchsten Repräsentanten unseres Staates, die ihre politische Sozialisation in der DDR erlebt haben. Nach den offiziellen Verlautbarungen waren beide – sie und er – mit dem Regierungssystem dort unzufrieden und standen zu ihm im Widerspruch. Sie erlebten dann die BRD als ein Land der Freiheit und konnten aufgrund ihrer Vorprägung nicht erkennen, dass die BRD nur einen höheren Freiheitsgrad bot als die untergegangene DDR. Fortan dachten und agierten sie so, als sei die BRD die Erfüllung aller Freiheitsträume und verstanden die BRD als eine verbesserte DDR. Dieses Gefühl, dass es in der neuen BRD besser ist als in der untergegangenen DDR, schlägt sie mit Blindheit gegenüber den ökonomischen Systemfehlern der BRD und den verkümmerten Freiheitsimpulsen in dem Staat, in dem sie herrschen und repräsentieren. Das fällt nur deshalb nicht auf, weil unsere ganze Republik inzwischen SED-hafte Züge trägt und die

Impulse der Bürgerinnen und Bürger für die Suche nach sozialer Gerechtigkeit in Freiheit erstickt oder zu blinden Aktionismus verkommen sind.

Der Handel über die Grenzen hinaus als politisches Instrument

Den Handel als Instrument des neuen kalten (begrenzt heißen) Krieges im Konflikt zwischen der Ukraine und Russland einzusetzen, halte ich für einen groben politischen Fehler, der den damit bekämpften Gegner nur in eine Trothaltung treibt und fixiert. Die Kosten tragen jene, die die Spannungen nicht verursacht haben. Am 2. September war auf der Titelseite der Hanoverschen Allgemeinen Zeitung die Schlagzeile zu lesen: > Weil: Milchbauern zahlen die Zeche für Russland-Embargo <. Und die Bauern in der Durchsetzung ihrer Interessen kampfprobt, fordern vom Staat Ausgleichszahlungen, deren Kosten dann alle Bürger zu tragen haben. Die heutigen Spannungen mit Russland wurden aber schon mit der Politikberatung durch den Westen und der Erweiterung statt der Auflösung der NATO nach dem Fall des Eisernen Vorhanges angelegt. Wenn damals den ehemaligen Ostblockstaaten statt des nackten Kapitalismus nach Art des partiell blinden Neoliberalismus der Chicagoer Schule ein ausgereiftes Modell der *Sozialen Marktwirtschaft* angedient worden wäre, dann hätten wir heute – so meine Einschätzung – einen friedlichen Osten mit blühenden Landschaften. Manchmal vermute ich, die Aufgabe der Parlamentarier und der tausenden von Mitarbeitern in der Staatsbürokratie auf verschiedener Ebene sei es, die Welt in einem Zustand des Unfriedens zu halten. Und wer bereit ist, hier eine Rolle spielen, dem winken lukrative Posten, Orden und Pensionen.

China - ein gelungenes Beispiel von Wandel durch Handel?

Als die Führung in China eingesehen hatte, dass sie mit der Zentralverwaltungswirtschaft nicht auf einen grünen Zweig kommen würde und marktwirtschaftliche Experimente zulies, hatte der Westen wirklich die Alternative zwischen Verweigerung eines Handels mit China oder, die Öffnung so gut wie möglich zu nutzen? Ich denke, ein Nein ist hier angebracht. Aber was wieder fehlte, war die Empfehlung der vollendeten Modells der Sozialen Marktwirtschaft nicht nur als effektives ökonomische Modell, sondern auch als friedensstiftendes Modell, nicht nur für China, sondern auch für Indien, Afrika und Südamerika. Das hört sich prahlerisch und übertrieben an, ist es aber nicht. Denn in dem Modell der vollendeten Sozialen Marktwirtschaft sind die Unfrieden und Kriege stiftenden Elemente des Kapitalismus getilgt.

Zu bedenken sind bei dem Handel mit China und Asien insgesamt, dass die asiatischen und auch die afrikanischen Staaten jetzt die gleichen Probleme mit den Konjunkturen und der Ungleichverteilung der Vermögen und Einkommen hat, wie der alte Westen und somit die Vermehrung der sozialökonomisch verursachten Explosionen gegeben ist. Wenn von der Schuld der Deutschen die Rede ist, sollte bedacht werden, dass die Wirkung der Schuld gegenüber der Welt, die durch ihre Verweigerung der Klärung ökonomischer Probleme entstanden ist, größer ist, als durch die Schuld, die den Deutschen durch die Verirrung in den Nationalsozialismus entstanden ist. Es ist eine gute Geste, dass Deutsche jetzt die zahlreichen Flüchtlinge aus den Kriegs- und Hungergebieten begrüßt. Aber diese selbstbeglückende – auch blinde – Nächstenliebe, darf die Ursachen und die folgenden Wirkungen der Fluchtbe-
wegungen nicht ausblenden.

Bei dem Handel mit China und anderen Billigländern darf auch nicht übersehen werden, dass es dort wie hier Gewinner und Verlierer gibt. Die heutige deutsche Exportwirtschaft – die einst aufgepuscht wurde durch die Subventionen, die die Zeit des fixierten Wechselkurses mit einer unterbewerteten DM bot (und für die der Binnenmarkt mit einer entwerteten DM zahlen musste) - sorgt mit ihren Erfolgen auch für Spannungen, denn jeder Exportüberschuss entsteht ja durch einen Import der geringer ist als der Ausgleich zwischen Im- und Export. Das Ausland wird so in ein Schuldverhältnis gepresst, das auf Dauer gesehen keine Freunde macht. Und der Erfolg des weltweiten Maschinenbaus hat mit dazu geführt, dass vielen heimischen Gewerben im Inland die Existenzgrundlage genommen. Denn mit den von Deutschland gelieferten Maschinen, die von billigen ausländischen Arbeitskräften bedient wurden und werden, werden Güter zu Preisen produziert, mit denen inländische Hersteller nicht konkurrieren konnten und können. Die hohe Arbeitslosenquote der vergangenen Jahrzehnte geht also nicht nur auf die vom Währungssystem verursachte Schwäche der Nachfrage aus, sondern auch die durch die Wettbewerbsverzerrungen, die durch die ungleich entwickelten Volkswirtschaften entstehen.

Anders als Röpke und Rüstow sah Franz Josef Strauß in Geschäften mit den kommunistischen Staaten wohl eine Chance. In einem Interview der schon genannten HAZ-Ausgabe unter dem Titel „Er war uns ein guter Vater“ sagt seine Tochter u.a.:

Er vertrat bereits seit den Sechzigern die Meinung, dass wirtschaftliche Kooperationen den Weg zur deutschen Einheit ebne. Deshalb hat er 1983 auch den Milliardenkredit für die DDR eingefädelt. Die politische Annäherung an ein totalitäres SED-System lehnte er strikt ab.

Wenn Röpke in dem Flugblatt schreibt:

Wenn daher heute noch ein nicht ganz unbekannter Industrieller sich in der Tat für seine Ostgeschäfte damit entlasten wollte, daß er sagt, er treibe Geschäfte, aber keine Politik, so würde er uns nur die Wahl lassen, ihn entweder für ungewöhnlich einsichtslos oder für ungewöhnlich gewissenlos zu halten.

Dann meint er bestimmt damit sicher Berthold Beitz (https://de.wikipedia.org/wiki/Berthold_Beitz)
Ich selbst finde das Urteil des mir sympathischen Wilhelm Röpke, der in Schwarmstedt – eine Autostunde von meinem Wohnort geboren wurde, nur aus seiner Frontstellung zum Kommunismus verständlich. Dabei vertraute er wohl zu wenig der Kraft seiner freiheitlichen Ideen und vergas, dass der Kommunismus ein Kind des Kapitalismus ist.

Noch ein Wort zu Wolfgang Frickhöffer, geb. am 26.05.1921, gest. am 31.10.1991. Ich kann mich erinnern, dass in den Presseberichten über seine Beerdigung von vielen prominenten Gästen aus der Politik und der Wirtschaft die Rede war. Nach mündlichen Berichten war der Freiwirt in der ASM. In einem Bericht von *Joachim Starbatty* über ihn, ist davon nichts zu lesen. <http://www.kas.de/wf/de/71.12663/> Ich bin ihm zweimal begegnet. Einmal auf einer Tagung der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft (<http://www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de/> in der Ev. Akademie Iserlohn und dann in der Tagung der Ev. Akademie Loccum „25 Jahre Soziale Marktwirtschaft“ vp, 6. bis 9. Oktober 1972. Der Beitrag von Frickhöffer lautete: „Marktwirtschaft ist mehr als Wirtschaft – Infrastruktur, Umweltschutz, Demokratisierung -“. Von einem anderem Beitrag von ihm mit dem Titel „Von der Rangordnung der Werte“ fand ich auf meiner eigenen Internetpräsentation Auszüge: <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/28.1%20MdB%20Gruene%201.5.03%20Anhang%20I.pdf>
Wenn ich das richtig verstanden habe, dann hat sich Frickhöffer in den Auseinandersetzungen, die nach dem Tod von Otto Lautenbach zwischen den Ordoliberalen und den Freiwirten einsetzten, sich auf die Seite der Ordoliberalen geschlagen, die seine Anstellung in der ASM besser sichern konnten als die Freiwirte. Er wurde von Seiten der Freiwirtschaft wohl als ein Verräter betrachtet. Ich halte das Urteil nicht für richtig, denn die inhaltlichen Differenzen zwischen diesen beiden Gruppen waren nicht so groß, dass eine Parteieregreifung für die eine oder andere Seite als Verrat eingestuft werden kann. Außerdem bleibt anzumerken, wenn ethisches Handeln dadurch gekennzeichnet ist, dass der Broterwerb nur in Übereinstimmung der eigenen Überzeugung stattfinden darf, dann hätten wir besonders auf die Politik, aber auch die Wissenschaft, eine Republik von Verrätern. Ich erinnere mich an die Aussage eines

Ökonomieprofessors, der mir gestand, als Assistent auf Silvio Gesell gestoßen zu sein. Man habe ihn aber bedeutet, er solle Gesell schnell vergessen, wenn ihm seine Karriere lieb wäre. Mein eigener Volkswirtschaftsprofessor an der Akademie für Wirtschaft und Politik in Hamburg, Georg Hummel (1964 /66) – ein mir sympathischer Mensch, wagte nur hinter vorgehaltener Hand zu sagen, dass er bei Gesell viel über Geld und Kredit gelernt hätte.

Neulich stieß ich auf einen Brief vom 7. Juni 1970 von Fritz Penserot aus Kirn an der Nahe, der an mich gerichtet ist. Um den Satz, den ich zitieren will, verständlich zu machen, muss ich folgendes vorher erklären. Fritz Penserot war aktives Mitglied im Seminar für freiheitliche Ordnung, die große Tagungen zur Freiheit der Kultur und Wirtschaft durchgeführt hat und die Zeitschrift *Fragen der Freiheit* heute noch herausgibt. (www.sffo.de) Dieses Seminar wurde von denen gegründet die aus der Aktion Soziale Marktwirtschaft (ASM) herausgedrängt wurden. Die ASM ist vorher aus den Bundestagen des Freiwirtschaftsbundes entstanden. Penserot antwortet auf Überlegungen von mir, wie die isolierte Position der Freiwirtschaftsschule innerhalb der politischen und allgemeinen Erwachsenenbildung und in der Wirtschaftswissenschaft aufgehoben werden könnte. Hier spielen die Erfahrungen in oder mit der ASM auch eine Rolle.

Im übrigen, zum Thema Akademie: wer soll denn dort sitzen? Soweit es sich um das SffO handelt, müßte dort dann auch das geistige Zentrum des SffO sein; im Falle der SG desgleichen. Für das SffO war früher dieser Ort Meisenheim a.Glan als Wohnsitz von Diether Vogel. Heute könnte es Eckwälden sein, als Wohnsitz von Dr. Heinz-Hartmut Vogel - zumal dessen Bruder Dr. Lothar Vogel im benachbarten Ulm wohnt. Niemals aber dürfte der Leiter des SffO existentiell mit der Akademie verquickt sein. Das wäre das Ende des Seminars. Wie z.B. die Entwicklung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirt nach dem Tode von Otto Lautenbach aufs eindringlichste beweist. Die Leiter und Hauptmitarbeiter einer solchen Akademie müssen unter allen Umständen finanziell völlig unabhängig von ihrer Akademie sein. Die wirtschaftliche Führung der Akademie kann dann in der Hand einer bezahlten Kraft liegen, die aber in allen wissenschaftlichen Fragen überhaupt nicht mitzureden hätte. Der Apostel Paulus hat Teppiche geknüpft, um unter allen Umständen existenziell unabhängig zu bleiben. Es war eine der Hauptstärken des britischen Parlamentarismus des vergangenen Jahrhunderts, daß seine Parlamentarier durchweg finanziell unabhängige Leute waren. So muß es auch bei uns sein, wenn das Wahrheitsstreben nicht notleiden soll.

Wie aber eine solche Akademie finanzieren? Im Grunde gibt es nur ein einziges der Sache gemäßes Mittel: Spenden von Privaten, wobei diese selbstverständlich auch Industrielle sein können - wenn sie nur nicht das Ziel und die Arbeit der Akademie beeinträchtigen oder zu beeinträchtigen versuchen. Das SffO lebt ausschließlich von dem, was es von solch privater Seite bekommt. Lediglich für die Tagung kann es auf Antrag, insoweit es sich um reine politische Bildung handelt, einen staatlichen

Zuschuß erhalten. Die ganze Jahresarbeit hat es aber selbst irgendwie zu bewerkstelligen. Finanziell und mehr noch arbeitsmäßig gesehen, heißt das für die Träger des SffO: eine außergewöhnliche Arbeitsleistung aufbringen. Bei der SG dürfte es ganz genau so sein.

Ich halte das übrigens für völlig richtig. Wer nicht zutiefst von der Notwendigkeit und Richtigkeit dieser Arbeit überzeugt ist, sollte sie auch gar nicht erst zu leisten versuchen. Wer aber etwas zu sagen hat, wird sich eines Tages durchsetzen - so wie ja auch begnadete Schriftsteller eines Tages ihre Anerkennung finden. Es gibt keine geschenkte Freiheit.

Die Einwendungen von Fritz Penserot – von dem ich den beruflichen Hintergrund nicht kenne nur von einem selbständigen Drucker in Hannover weiß, dass sie zusammen schon in der Kriegsgefangenschaft Vorlesungen zum Thema organisiert haben ⁵, sind ja nicht falsch. Nur seine Prinzipien stoßen auf einen Ideenmarkt, der professionell organisiert ist und von staatlicher Seite wettbewerbsfeindlich finanziert wird. Und je höher die Steuerlast ist, die der Bürger tragen muss, so kleiner ist der finanzielle Spielraum, um mit eigenen Mitteln nach eigenem Gutdünken die Kultur und Bildung zu fördern. Die Freunde von *Mehr Demokratie e.V.* (<http://www.mehr-demokratie.de/>), die berechtigter Weise für das Instrument des Volksentscheides als ergänzendes und konkurrierendes Instrument der politischen Willensbildung bemüht übersehen meines Erachtens, dass unsere heutigen Vertreter der repräsentativen Demokratie ständig eine Entmündigungsgesetzgebung betreiben. Diese braucht nicht von einer konkurrierenden Gesetzgebung übertroffen werden. Eine direkte Demokratie ist auch, wenn die Bürger ihr Einkommen direkt dort einsetzen, wo sie es für richtig halten.

Die Arbeit in der Freiwirtschaftsschule ist bei geringem Organisationsgrad unter extremer Isolierung vom Spendenstrom und von öffentlichen Mitteln geleistet worden. Und die Wirtschaftswissenschaftler konnten die Vertreter so behandeln, als hätten sie die Krätze, weil sie ihren Lohn auch bekommen, wenn das Ergebnis ihrer Arbeit nichts taugt oder gar kriminelle Wirkungen hat.

Wenn ich das richtig sehe, wurde die Freiwirtschaftsschule in der Zwischenkriegszeit in der Hauptsache vom selbständigen Mittelstand getragen. Im Nachkriegsdeutschland haben Hochschulabsolventen – soweit sie Verbandsfunktionäre wurden - dem Mittelstand die Neigung zur Unterstützung der Freiwirtschaftsschule ausgetrieben. Die Lücke füllten in der

⁵ Das kann keine sowjetische Kriegsgefangenschaft gewesen sein, weil Vertreter der Freiwirtschaftsschule aus der DDR – damals noch SBZ – in Bautzen und Sibirien landetet, wenn ihnen die Flucht in die BRD nicht gelungen war.

Hauptsache Juristen, Ärzte und Lehrer. Die Arbeit wurde im Wesentlichen ehrenamtlich bei ständigem Mangel an finanziellen Mitteln geleistet.

Zu bedenken ist auch, dass die Freiwirtschaft oder DIE NATÜRLICHE WIRTSCHAFTS-ORDNUNG ein Programm zur Vervollkommnung der Marktwirtschaft ist und kein Programm für einzelne Gesellschaftsschichten. Das zeigt sich auch darin, dass sie sowohl für Christen, Liberale, Anarchisten und freiheitliche Sozialisten interessant ist. In den ersten Jahrzehnten hatten Menschen, die sich bei Silvio Gesell, der seine Erkenntnisse als Unternehmer gewonnen hatte, auf die Arbeiterschaft als treibende Kraft gehofft. Diese war aber durch den Glauben den Marxismus gebunden. Marx selber hat sich nicht als Marxist verstanden.⁶ Und das ist wohl auch richtig, denn es gibt der Freiwirtschaftsschule nahe stehende Marx-Kenner, die sagen, dass man „Das Kapital“ auch anderes lesen kann. Der Hauptakteur bei der Gründung der grünen Partei, Georg Otto, meint sogar, man könne auch Marx als Vorläufer von Gesell verstehen. Von dem 1990 auf Kreta verunglückten Professor für Öffentliches Recht, Rechtsphilosophie und Rechtsinformatik, Dr. Dieter Suhr liegt dazu ein Beitrag vor mit dem Titel *Der Kapitalismus als monetäres Syndrom / Aufklärung eines Widerspruchs in der Marx-schen Politischen Ökonomie*. (Campus Forschung, 1988). Weitere Veröffentlichungen von ihm, die auch heute noch hilfreich sind tragen Titel wie: *Gleiche Freiheit, Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus* und *Geld ohne Mehrwert / Entlastung der Marktwirtschaft von monetären Transaktionskosten*. Hinweisen möchte ich aber auch noch einmal auf das Buch *Das Geldsyndrom / Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft* von Helmut Creutz aufmerksam machen.⁷

Und zum Schluss die Frage: **Wem gehört die Zukunft – den Freiheitsfeinden wider Willen, den Genügsamen, die sich mit der Narrenfreiheit zufrieden geben oder denen, die die volle haftende Gestaltungsfreiheit mit ökonomischer Gerechtigkeit und Sicherheit wollen?** Auch der / die LeserIn dieser Zeilen muss sich entscheiden. TA

6 Diese Selbsteinschätzung von Marx habe ich schon zweimal gelesen. Einmal in einem der beiden Bände „Geschichte der Nationalökonomie“ von Adolf Damaschke, 1922.

7 H.C. Hat sich mit Eintritt in das Rentenalter - auch auf dem Hintergrund seiner Erfahrungen als Unternehmer - an schwierige Themen der Ökonomie herangewagt, die eigentlich von Professoren der Wirtschaftswissenschaft zu erwarten wären.

Anmerkung: Er hat auch viele junge Menschen angeregt, sich mit den Streitfragen der Ökonomie zu befassen. Die meisten von ihnen haben sich in der Initiative Natürliche Wirtschaftsordnung organisiert. Sie könnten in verschiedener Weise Zuspruch gebrauchen. Der Kontakt ist über www.INWO.de möglich. Ich selber gehöre keiner Partei und keiner Organisation mehr an, es ist mir aber ein Bedürfnis auf die Arbeit der jungen Leute hinzuweisen.